



Stellungnahme des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) zur Erarbeitung einer Strategie zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung

(Stand des Entwurfes: 19.11.2018)

Grundsätzliches

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) unterstützt die Bestrebungen des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft zur Vermeidung von Lebensmittelabfällen. Der BUND bedankt sich für die Einladung und nutzt die Möglichkeit einer Stellungnahme.

Hintergrund:

Laut der UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) werden Jahr für Jahr weltweit 1,3 Milliarden Tonnen essbare Lebensmittel weggeworfen. Diese Nahrungsmittel, die produziert, aber nicht gegessen werden, werden auf etwa 1,4 Milliarden Hektar Land angebaut.

Die Ressourcenverschwendung ist sogar noch höher, denn auch für die Produktion, Lagerung, Vermarktung und den Transport werden große Mengen an Energie und Wasser verschwendet. Die Verschwendung trägt mit einer weltweiten CO₂-Bilanz zum Klimawandel bei, die etwa acht Prozent der gesamten vom Menschen verursachten Treibhausgasemissionen entspricht (laut Angaben der FAO). Für jedes produzierte Kilo Lebensmittel werden 4,5 Kilogramm CO₂ in die Atmosphäre abgegeben.¹ Deutschland liegt mit 149 Kilogramm pro Person im Vergleich mit den anderen europäischen Ländern zwar im Mittelfeld, doch ist die Verschwendung sehr hoch.² Darunter sind Verluste in der Wertschöpfungskette und Lebensmittel, die in privaten Haushalten entsorgt werden.

Auf europäischer Ebene wurde die Abfallrahmenrichtlinie überarbeitet. Die überarbeitete EU-Abfallgesetzgebung, die am 30. Mai 2018 verabschiedet wurde, fordert die EU-Länder auf, Maßnahmen zur Verringerung der Lebensmittelverschwendung auf jeder Stufe der

¹<http://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/society/20170505STO73528/lebensmittelverschwendung-in-der-eu-infografik>

²<http://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/society/20170505STO73528/lebensmittelverschwendung-in-der-eu-infografik>

Wertschöpfungskette zu ergreifen, die Lebensmittelabfälle zu überwachen und über die erzielten Fortschritte Bericht zu erstatten.

Bundesregierung muss entlang der gesamten Wertschöpfungskette aktiv werden

Der BUND fordert die Bundesregierung auf, einen konkreten Maßnahmen- und Aktionsplan zur Halbierung des Lebensmittelmülls bis 2030 zu verabschieden – und diesen auch mit einem gesetzlichen Rahmen zu untermauern. Ein Paket aus rein freiwilligen Maßnahmen reicht aus Sicht des BUND nicht aus, die notwendige Reduzierung der Lebensmittelverschwendung in der gebotenen Zeit zu erreichen.

Es wurde zwar bereits vielfach diskutiert, ob das Verfallsdatum das Mindesthaltbarkeitsdatum ersetzen soll. Gegenwärtig ist jedoch kein konkretes Gesetz geplant, um die Verschwendung einzudämmen. Kampagnen, wie z.B. "Zu gut für die Tonne", versuchen lediglich das Verhalten der Verbraucherinnen und Verbraucher zu verändern. Ein guter erster Schritt. Doch das alleine reicht nicht aus.

Aus ökologischer Sicht ist es wichtig, alle Ebenen der Verarbeitungs- und Wertschöpfungskette kritisch zu hinterfragen – es reicht nicht aus, hier nur auf den Handel und die Konsumentin oder den Konsumenten zu schauen.

Einige europäische Länder haben schon mit Gesetzesinitiativen reagiert. So plant die französische Regierung, die Menge der Lebensmittelabfälle bis zum Jahr 2025 zu halbieren und hat beispielsweise ein Wegwerf-Verbot für Supermärkte erlassen. Auch Italien hat ein ähnliches Gesetz auf den Weg gebracht.

Allerdings richten sich diese Gesetze vor allem an das Vermarktungssystem, das für einen hohen Anteil der Verschwendung essbarer Lebensmittel verantwortlich ist. Ein großer Teil der Verantwortung wird so auf ehrenamtliche Strukturen oder karitative Organisationen abgewälzt. Diese sind teilweise überlastet. Nach dem Gesetz dürfen Supermärkte außerdem Lebensmittel auch kompostieren, daher wird die Verschwendung nicht wesentlich gebremst.

Die Bundesregierung sollte aus diesen Beispielen lernen. Sie sollte ein Gesetz gegen Lebensmittel-Verschwendung vorlegen, das die gesamte Produktionskette inklusive des landwirtschaftlichen Produktionssystems in den Blick nimmt, um künftig Lebensmittelverluste vom Acker bis zum Verbraucher effizient zu verringern und natürliche Ressourcen zu schonen.

Kontakt/ Ansprechpartner und weitere Informationen:

Katrin Wenz
Wissenschaftliche Mitarbeiterin Agrarpolitik
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)
Friends of the Earth Germany
Kaiserin-Augusta-Allee 5
10553 Berlin
Tel.: +49 (0) 30 275 86 – 549
katrin.wenz@bund.net